

Gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft: Verurteilung der schweren Menschenrechts- verletzungen vor und nach den Wahlen in Tansania

Übersetzung ins Deutsche: Tanzania Network e.V.

07. November 2025, Dar es Salaam

Wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, sind zutiefst besorgt und verurteilen aufs Schärfste die zahlreichen Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen, die vor, während und nach den Parlamentswahlen 2025 begangen wurden. Dazu gehören die Tötung von Zivilist*innen, rechtswidrige Verhaftungen, Entführungen, Verschleppungen, die Unterdrückung der Medienfreiheit, die Sperrung des Internets und die Verweigerung des Rechts auf ein ordentliches Gerichtsverfahren. Obwohl das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen noch nicht vollständig aufgedeckt ist, sind uns die folgenden Vorfälle bekannt, die wir als besorgniserregende Anzeichen betrachten.

Übermäßige Anwendung von Gewalt und Tötung von Zivilist*innen

Es gibt zahlreiche Videos, die die übermäßige Anwendung von Gewalt, scharfer Munition und Tränengas zur Auflösung von Demonstrationen zeigen. Nachrichtenquellen zufolge wurden viele unbewaffnete Zivilist*innen während der Demonstrationen getötet. Ebenso besorgniserregend sind die zunehmenden Berichte über Unbeteiligte und andere Zivilist*innen, die in ihren Häusern oder anderswo getötet wurden, obwohl sie keinerlei Bedrohung darstellten. Videos und Bilder, die seit der Wiederherstellung der Internetverbindung in den sozialen Medien geteilt werden, zeigen weit verbreitete Vergeltungsmorde an jungen Menschen, die oft unvorbereitet davon überrascht wurden. Diese Morde haben Familien und Gemeinschaften tief getroffen. In einigen Regionen mussten Kinder mit ansehen, wie ihre Eltern geschlagen, verhaftet oder getötet wurden, was zu langfristigen psychischen Traumata führte. Dies verstößt gegen Artikel (19) (1) der Konvention über die Rechte des Kindes und Artikel 9 über das Recht, nicht von den Eltern getrennt zu werden.

Die Morde verschonten auch Journalist*innen nicht, die ihrer Arbeit nachgingen. Einige wurden in ihren Häusern getötet. Es gibt bestätigte Berichte über die Ermordung des Journalisten Master Tindwa von Clouds Media in seiner Wohnung in Temeke und von Kelvin Lameck Mwakangondya von Baraka FM in Mbeya, der Berichten zufolge am 29. Oktober 2025 während seiner Arbeit getötet wurde. Ein Journalist der Azam Media Group in Daressalam wurde schwer verletzt, und zwei weitere Journalisten in Arusha, nämlich Godfrey Thomas von Ayo TV und Alphonse Kusaga von Sunrise Radio, wurden verhaftet. Es gibt auch Berichte über die Ermordung eines religiösen Führers, Sheikh Msopa, einem bekannten Geistlichen, der am 29. Oktober 2025 in seinem Haus in Mabibo Mwisho, Dar es Salam, erschossen wurde.

Willkürliche und rechtswidrige Festnahmen und Inhaftierungen

Nach den vorliegenden Informationen und Beobachtungen wurden viele Zivilist*innen, insbesondere junge Menschen, willkürlich und rechtswidrig in verschiedenen Teilen des tansanischen Festlandes festgenommen. Berichte aus Mwanza in einem Interview mit dem Regionalkommissar durch Independent Television (ITV) am 30. Oktober 2025, deuten darauf hin, dass zahlreiche junge Menschen angeblich verhaftet wurden und keine Kautionszahlung gewährt wurde. Dies ist auch in Dar es Salaam der Fall, wo Berichte über mehrere Zivilist*innen vorliegen, die in der Polizeistation Oysterbay und anderen Stationen ohne das Recht auf Kautionszahlung festgehalten werden. In Kilimanjaro deuten Berichte darauf hin, dass etwa 312 Personen verhaftet und in der Polizeistation Moshi Central festgehalten wurden, von denen 300 am 5. November 2025 gegen Kautionszahlung freigelassen wurden. Den Berichten zufolge befinden sich die übrigen 12 Personen weiterhin in Haft, ohne dass ihnen das Recht auf Kautionszahlung oder sie vor Gericht gestellt wurden, um sich zu verteidigen. Berichte aus den Regionen Arusha, Mbeya, Dodoma, Mara, Kigoma und Songwe deuten ebenfalls darauf hin, dass viele junge Menschen weiterhin ohne das Recht auf Kautionszahlung inhaftiert sind.

Dies verstößt gegen Artikel 13(6)a der Verfassung der Vereinigten Republik Tansania von 1977, der vorsieht, dass niemand willkürlichen Maßnahmen ausgesetzt werden darf, und gegen Artikel 15, der sich gegen rechtswidrige und willkürliche Inhaftierungen ausspricht. Dies verstößt auch gegen die Bestimmungen von Abschnitt 148(5) des Strafprozessgesetzes Cap. 20 R.E 2022 über das Recht auf Kautionszahlung.

Wir haben außerdem Informationen aus glaubwürdigen Quellen erhalten, dass seit dem 20. Oktober 2025 viele Personen festgenommen wurden und weiterhin in verschiedenen Polizeistationen inhaftiert sind, ohne vor Gericht gestellt zu werden oder Zugang zu einem Rechtsbeistand zu erhalten. Unter den Inhaftierten befindet sich auch der stellvertretende Vorsitzende der CHADEMA, John Heche.

Internet-Sperre

Nach Angaben der Vereinten Nationen ist das Internet ein Recht. Das Internet ist zu einem wichtigen Mittel für Einzelpersonen geworden, um ihr Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung auszuüben, wie es in Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte festgelegt ist. Das Recht auf Information ist durch Artikel 18 der Verfassung der Vereinigten Republik Tansania sowie durch regionale und internationale Gesetze, die Tansania ratifiziert hat, geschützt.

Seit dem 29. Oktober 2025 haben die Behörden sechs Tage lang den Internetzugang landesweit gesperrt. Dies hat den freien Informationsfluss, die Überwachung des Wahlprozesses und die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen erheblich eingeschränkt. Die Sperrung hat auch dazu geführt, dass Menschen keinen Zugang zu wichtigen Informationen hatten, insbesondere dazu, wie sie die Demonstration vermeiden können, wenn sie nicht daran teilnehmen wollten. Die Sperrung hinderte die Menschen auch daran, auf wichtige Informationen zuzugreifen, insbesondere darüber, wie sie die Demonstrationen vermeiden konnten, wenn sie nicht daran teilnehmen wollten.

Unser Appell an die Regierung

Als Mitbürger*innen möchten wir unsere tiefste Solidarität mit allen Betroffenen der jüngsten Gewalt bekunden. Um das Vertrauen in die Nation, die Gerechtigkeit und die Menschlichkeit wiederherzustellen, appellieren wir an die Regierung, dringend die folgenden Schritte zu unternehmen:

- i. Sofortige Freilassung aller Inhaftierten gegen Kautions- oder Vorführung vor Gericht, um sich zu den Vorwürfen zu äußern, die gegen sie erhoben werden sollen.
- ii. Den Familien der Verstorbenen Zugang zu ihren Angehörigen gewähren, damit sie diese identifizieren und gemäß ihren Traditionen und Religionen bestatten können.
- iii. Eine unabhängige, transparente und zeitlich begrenzte Untersuchung der Tötungen und der exzessiven Gewaltanwendung ermöglichen. Diese sollte von einem unabhängigen internationalen Expert*innenteam durchgeführt werden.
- iv. Die Kultur der Straflosigkeit vermeiden, indem die Verantwortlichen für die Tötung unbewaffneter Zivilist*innen strafrechtlich verfolgt werden.
- v. Die Meinungsfreiheit, den Zugang zu Informationen und die Medienfreiheit schützen, einschließlich der Gewährleistung der Sicherheit und Unabhängigkeit von Journalist*innen und Medienhäusern.
- vi. Durch Dialog und die Einbeziehung wichtiger Interessengruppen, d. h. politischer Parteien, der interreligiösen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft, auf Versöhnung und langfristige Heilung hinarbeiten.
- vii. Alle Familien entschädigen, die aufgrund der exzessiven Gewaltanwendung durch Sicherheitsbehörden Angehörige verloren haben.

Unterzeichnet und übermittelt von:

1. Legal und Human Rights Centre
2. Twaweza
3. Foundation For Civil Society
4. JamiiAfrica
5. Msichana Initiative
6. Centre for Strategic Litigation
7. Internet Governance Tanzania Working Group

CSOs' JOINT STATEMENT: CONDEMNING PRE AND POST-ELECTION GRIEVOUS HUMAN RIGHTS VIOLATIONS IN TANZANIA

07. November 2025, Dar es Salaam

We the undersigned CSOs are deeply concerned and strongly condemn widespread reports of serious human rights violations that occurred before, during, and after the 2025 general elections. These include killings of civilians, unlawful arrests, abductions, enforced disappearances, suppression of media freedoms, internet shutdown and denial of due process rights. Although the extent of human rights abuse is yet to be fully uncovered, we are aware of the following and consider it a worrying indication.

Excessive Use of Force and Killing of Civilians

There have been widespread videos of excessive use of force, live ammunition, and tear gas to disperse demonstrators. According to news sources, many unarmed civilians have been killed during demonstrations. Equally concerning are the growing reports of bystanders and other civilians killed in their homes or elsewhere, even as they posed no threat whatsoever. Videos and images shared on social media since the return of Internet connectivity show widespread reprisal killings against young people who were often caught unaware. These killings have deeply affected families and communities. In some regions, children witnessed their parents being beaten, arrested or killed, resulting in long term psychological trauma. This is against article (19) (1) of the Convention on the Rights of the Child and Article 9 on the right not to be separated from parents.

The killings did not spare journalists who were executing their duties and some in their homes. There have been confirmed reports of the killing of a Clouds Media journalist Master Tindwa, at his residence in Temeke, and Kelvin Lameck Mwakangondya from Baraka FM in Mbeya, who has reported to have been killed on 29th of October 2025, while on duty.

A journalist from Azam Media Group in Dar es Salaam was seriously injured, and two other journalists in Arusha, namely Godfrey Thomas from Ayo TV and Alphonse Kusaga from Sunrise radio, were arrested. There have also been reports of the killing of a religious leader, Sheikh Msopa, a well-known cleric who was shot on 29th October 2025 at his home, Mabibo Mwisho, Dar es Salaam.

Arbitrary and Unlawful Arrests and Detention

According to information obtained and observed, many civilians, particularly young people, have been arbitrarily and unlawfully arrested in different parts of mainland Tanzania. Reports from Mwanza in an interview with the Regional Commissioner by the Independent Television (ITV) on 30th October 2025, indicate that numerous young people are alleged to have been arrested and have not been granted bail. This is also the case in Dar es Salaam where reports of several civilians being held at Oysterbay Police Station and other stations without the right to bail have been reported.

In Kilimanjaro reports indicate that about 312 people were arrested and detained at Moshi Central Police Station, of whom 300 were released on bail on 5th November 2025. The reports state that the remaining 12 are still detained without being afforded the right to bail or taken to court to defend themselves. Reports from the regions of Arusha, Mbeya, Dodoma, Mara, Kigoma and Songwe also indicate that many young people continue to be detained without the right to bail.

This is against article 13(6)a of the Constitution of the United Republic of Tanzania of 1977, which provides that no person may be subjected to arbitrary actions, and article 15, which speaks against unlawful and arbitrary detention. This is also contrary to the provisions of section 148(5) of the Criminal Procedure Act Cap. 20 R.E 2022, on the right to bail.

We have also received information from credible sources that many individuals have been arrested since 20th October 2025 and remain detained in various police stations without being brought before a court or granted access to legal representation. Among those still detained is the Deputy Chairperson of CHADEMA, Hon. John Heche.

Internet Shutdown

According to the United Nations the Internet is a right. The Internet has become a key means for individuals to exercise their right to freedom of opinion and expression, as stated in Article 19 of the Universal Declaration of Human Rights and the international Covenant on Civil and Political Rights. The right to information is protected under Article 18 of the Constitution of the United Republic Tanzania, as well as regional and international instruments to which Tanzania has ratified.

For six (6) consecutive days since 29th October 2025, authorities shut down internet access nationwide. This significantly restricted the free flow of information, monitoring of election processes, and reporting of human rights violations. The shutdown also hindered people from accessing critical information, particularly on how to avoid the demonstration for those who did not want to take part.

Our Call to the Government

We wish to express, as fellow citizens, our deepest solidarity with all those affected by the recent violence. To begin restoring the nation's faith and justice and humanity, we appeal to the government to urgently undertake the following steps:

- i. Immediately release all detainees on bail or bring them before the court to answer the allegations they are about to be charged with.
- ii. Allow families of those deceased to access, identify and bury their loved ones in line with their traditions and religions.
- iii. Allow for an independent, transparent and time bound investigation into the killings and excessive use of force. An independent international team of experts should do this.
- iv. Avoid the culture of impunity by prosecuting those responsible for unarmed civilian killings.
- v. Protect freedom of expression, access to information, and media freedom, including ensuring the safety and independence of journalists and media houses.
- vi. Work on reconciliation and long-term healing through dialogue and the engagement of key stakeholders, i.e., political parties, the interfaith community, and civil society.
- vii. Compensate all families who lost their loved ones because of excessive use of force by security agencies.

Signed and delivered by:

- | | |
|----------------------------------|------------------------------------|
| 1. Legal und Human Rights Centre | 5. Msichana Initiative |
| 2. Twaweza | 6. Centre for Strategic Litigation |
| 3. Foundation For Civil Society | 7. Internet Governance Tanzania |
| 4. JamiiAfrica | Working Group |

Leo tarehe 7 Novemba 2025, sisi Mashirika ya Kiraia (CSOs) tuliosaini kwa pamoja taarifa hii, tunalaani kwa nguvu zote ukiukwaji mkubwa wa haki za binadamu uliojitokeza kabla, wakati na baada ya Uchaguzi Mkuu wa mwaka 2025 nchini Tanzania. Ukiukwaji huu unahusisha mauaji ya raia wasio na hatia, ukamataji kiholela, utekaji, kupotezwa kwa watu, kukandamizwa kwa uhuru wa vyombo vya habari, kuzimwa kwa intaneti kwa siku sita, na kunyimwa haki za kisheria.

Kumekuwa na matumizi makubwa ya nguvu, ikiwemo risasi za moto na mabomu ya machozi kwa waandamanaji wasiokuwa na silaha, na vifo vya raia wasiohusika kabisa na maandamano. Familia na jamii zimeathirika sana, na baadhi ya watoto kushuhudia wazazi wao wakipigwa, kukamatwa au kuuawa.

Waandishi wa habari wameuawa na kujeruhiwa, wakiwemo: Master Tindwa (Clouds Media), [@cloudsfmtz](#) aliyeuawa nyumbani kwake Temeke, Kelvin Lameck Mwakangondya (Baraka FM, Mbeya) – aliyeuawa akiwa kazini, Mwandishi wa Azam Media [@azamtv](#) aliyejeruhiwa vibaya, Godfrey Thomas (Ayo TV) [@millardayo](#) na Alphonse Kusaga wa (Sunrise Radio) na [@kusagatv](#) – waliokamatwa Arusha. Pia Sheikh Msopa, kiongozi wa dini, alipigwa risasi na kuuawa nyumbani kwake Mabibo Mwisho, Dar es Salaam.

Zaidi ya hayo, mamia ya wananchi, hasa vijana, wamekamatwa na kushikiliwa bila dhamana katika vituo mbalimbali vya polisi kote nchini, kinyume cha Katiba na sheria. Kwa siku sita mfululizo tangu Oktoba 29, intaneti ilizimwa nchi nzima, na hivyo kuzuia upatikanaji wa taarifa, kufuatilia mchakato wa uchaguzi na kuripoti ukiukwaji wa haki za binadamu.

Tunatoa wito kwa Serikali ya Tanzania,

1. Kuwaachia wote waliokamatwa au kuwafikisha mahakamani mara moja.
2. Kuruhusu familia kupata na kuzikia wapendwa wao.
3. Kuruhusu uchunguzi huru na wa wazi kuhusu mauaji.
4. Kuwawajibisha waliohusika.
5. Kulinda uhuru wa kujieleza na wa vyombo vya habari.
6. Kufanya maridhiano ya kitaifa na uponyaji wa muda mrefu.
7. Kutoa fidia kwa familia zilizopoteza wapendwa wao.

Imesainiwa na: LHRC, Twaweza, FCS, JamiiAfrica, Msichana Initiative, Centre for Strategic Litigation, na Internet Governance Tanzania Working Group.